

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002019/2026
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Cecilia Strada (S&D), Birgit Sippel (S&D), Tineke Strik (Verts/ALE), Estrella Galán (The Left), Sandro Ruotolo (S&D), Brando Benifei (S&D), Sebastian Everding (The Left), Leoluca Orlando (Verts/ALE), Hanna Gedin (The Left), Estelle Ceulemans (S&D), Mounir Satouri (Verts/ALE), Matthias Ecke (S&D), Erik Marquardt (Verts/ALE), Annalisa Corrado (S&D), Ilaria Salis (The Left), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Alessandra Moretti (S&D), Pernando Barrena Arza (The Left), Georgia Tramacere (S&D), Marco Tarquinio (S&D), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Irene Tinagli (S&D), Martin Günther (The Left), Matjaž Nemec (S&D), Stefano Bonaccini (S&D), Udo Bullmann (S&D), Alessandro Zan (S&D), Rima Hassan (The Left), Danilo Della Valle (The Left), Camilla Laureti (S&D), Thomas Waitz (Verts/ALE), Damien Carême (The Left)

Betrifft: Erneuter Schusswaffenangriff libyscher Milizen auf das Seenotrettungsschiff Sea-Watch 5

Am 11. Mai 2026 eröffnete ein libysches Patrouillenboot das Feuer auf das Seenotrettungsschiff Sea-Watch 5, das kurz zuvor im Rahmen einer Rettungsaktion im Mittelmeer 90 Menschen gerettet hatte.

Dieser Vorfall reiht sich in eine lange Liste von Verstößen der libyschen Küstenwache gegen das Völkerrecht und das Seerecht ein.

Zwischen 2016 und 2025 wurden mehr als 70 Fälle von Gewalt auf hoher See verzeichnet, wobei es immer häufiger zum Beschuss von Schiffen mit Zivilisten an Bord durch libysche Patrouillenboote kam. Die meisten dieser Boote hat Libyen im Rahmen der Vereinbarung zwischen Italien und Libyen von den italienischen Behörden erhalten. Gemäß dieser Vereinbarung soll Libyen auch Ausrüstung und weitere Formen finanzieller und logistischer Unterstützung, einschließlich Ausbildung, erhalten.

Diese nationalen Pläne werden häufig mithilfe von EU-Mitteln koordiniert und finanziell aufgestockt. Die dafür aufgewendeten EU-Finanzmittel beliefen sich zwischen 2015 und 2021 auf ca. 65 Mio. EUR für Tätigkeiten im Bereich des Grenzmanagements. Eine Verlängerung bis 2027 ist geplant.

Angesichts des von den Vereinten Nationen am 17. Februar 2026 veröffentlichten Berichts, in dem Menschenrechtsverletzungen und -verstöße durch libysche Behörden und Einrichtungen hervorgehoben werden, wird die Kommission gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Sieht die Kommission solche Vorfälle als Verstöße gegen das Völkerrecht an?
2. Gedenkt sie infolgedessen, die Aussetzung der genannten Finanzierung vorzuschlagen, indem sie beispielsweise das interne Verfahren zum Umgang mit Menschenrechtsbeschwerden im Zusammenhang mit EU-finanzierten Projekten einleitet?

Eingang: 13.5.2026